

Ludwig Mies van der Rohe und das Jahr 1933

Adalbert Behr

Sich mit diesem Thema beschäftigen, bedeutet, es als Anfangsphase eines historischen Prozesses zu verstehen, an dessen Ende sich fünf Jahre später die Auswanderung eines exponierten Vertreters des Neuen Bauens und des letzten Bauhausdirektors aus Deutschland vollzog, in das „Land Exil“, wie es Bertolt BRECHT, Anna SEGHERS, Lion FEUCHTWANGER und viele andere gekennzeichnet haben. Heinrich Mann schrieb, daß die durch den Faschismus erzwungene Emigration für sich selbst stehe, „sie hält menschliche Werte von höherem Lebensrecht als alles, was in dem niedergeworfenen Lande sich breitmachen darf“. Auch im Fall MIES VAN DER ROHE war sie durch offenen und verdeckten Terror einer Diktatur, „der reaktionärsten, am meisten chauvinistischen, am meisten imperialistischen Elemente des Finanzkapitals“¹ verursacht und herbeigeführt worden. Dies sei hier unmißverständlich festgestellt, weil bis heute immer wieder Zweifel ausgesprochen werden, ohne daß eine entsprechende Beweisführung erfolgen kann.² Schon die Tatsache, daß ein zum Bauen bereiter Architekt mit hohen schöpferischen Fähigkeiten von der Baupraxis ausgeschlossen und zunehmend überhaupt in seinen elementar-materiellen Schaffensbedingungen eingeschränkt wurde, war letztlich unmittelbare Existenz-

und Lebensbedrohung zugleich. Sie gilt aber nicht nur für ein Einzelschicksal. Sie wurde schlimmste Wirklichkeit für Millionen. Ähnliches wie MIES VAN DER ROHE mußte in einem anderen künstlerischen Bereich der bedeutendste und meistgespielte Dramatiker des Expressionismus, Georg KAISER, erfahren, dessen Stücke seit 1933 nicht mehr aufgeführt wurden. Aller Publikations- und damit Existenzmöglichkeiten in Deutschland beraubt, emigrierte er 1938 in die Schweiz, wo er 1945 starb. In sein Tagebuch hatte er eingetragen: „Grünheide (Kreis Fürstenwalde bei Berlin, d. Verf.) ist verlassen. Ich habe mich sehr schwer vom See und Wald getrennt. Mir blieb in Grünheide nur die Wahl: Hungertod oder Selbstmord. Aber ich wollte mein Werk nicht im Stich lassen und reiste ab...“³ Der letzte Satz könnte auch über MIES VAN DER ROHE erzwungenem Weggang aus der Heimat stehen. Vor diesem Hintergrund sollen auf der Grundlage bisher unbekannter Quellen einige neue Erkenntnisse zum Thema dargestellt werden, die das Lebensbild dieses Architekten, seine Positionen, Handlungen und Haltungen im Zusammenhang mit der Liquidierung des Bauhauses differenzierter zeichnen, als es bislang die Forschung vermochte. Wie bekannt war MIES VAN DER ROHE

politisches Selbstverständnis das der Neutralität ohne tiefere Einsichten in das Wesen des Faschismus und der gesellschaftlichen Entwicklung. Bei seinen Handlungen im gesellschaftlichen Leben glaubte er an die „bürgerliche Rechtsstaatlichkeit“. Was sie in Wirklichkeit bedeutete, zeigen zum Beispiel: die Schließung des Bauhauses in Berlin-Steglitz am 11. April 1933, die politische Entscheidung der Faschisten nach der Jurierung der Wettbewerbsarbeiten für den Reichsbankneubau in Berlin, der direkte Einsatz der Geheimen Staatspolizei (Gestapo) und anderer Nazibehörden gegen L. MIES VAN DER ROHE und das Bauhaus oder am Ende des Jahres 1933 das Agieren von faschistischen Dienststellen, um den Baumeister sogar von kleinsten Arbeitsaufträgen fernzuhalten. So hatte MIES VAN DER ROHE im Rahmen der Ausstellung „Deutsches Volk – Deutsche Arbeit“ die Aufgabe für eine Teilgestaltung zugesprochen bekommen. Sofort reagierte die Reichspropagandastelle Magdeburg-Anhalt mit Sitz in Dessau und erklärte in einem am 18. Dezember 1933 verfaßten Schreiben an GOEBBELS, dem „Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda“: „Herr MIES VAN DER ROHE ist hier als ein übler Verfechter der marxistischen Ideen bekannt. Man sollte Künstler vom Schlag des Herrn v. d. R. (van der Rohe, d. Verf.), die jahrelang auf dem Gebiet der Kunst das deutsche Volk vergiftet haben, auf keinen Fall beschäftigen. Ich bitte, die Angelegenheit zu prüfen, und wenn möglich, diesen Herrn durch einen geeigneten Parteigenossen zu ersetzen.“⁴

Der Faschismus trat 1933 in Deutschland an mit dem Grundsatz: „Wer nicht für uns ist, ist wider uns.“ Was die braunen Horden während der Zeit der Weltwirtschaftskrise bereits jahrelang auf der Straße und unter dem Schutze rechtsorientierter Regierungen praktiziert hatten, wurde nun in ganz Deutschland scheinlegalisierter Staatsterror mit einem immer besser funktionierenden Räderwerk der Diktaturmaschinerie. Die erste große Verfolgungsaktion nach dem 30. Januar konzentrierte sich auf Kommunisten und die Künstler, Kulturschaffenden und Wissenschaftler, die dieser Partei angehörten, mit ihr sympathisierten oder marxistisches Ideengut verbreiteten. Erst die zweite tiefgreifende Verfolgungswelle erfaßte weitere Teile der organisierten Arbeiterbewegung und warf im Kulturbereich vor allem die prononciertesten Vertreter der demokratischen und fortschrittlichen Intelligenz aus den Lehrämtern und staatlichen Institutionen. Weithin sichtbares Zeichen war der Hinauswurf von Heinrich MANN und Käthe KOLLWITZ aus der Preußischen Akademie der Künste am 15. Februar. Als Protest gegen diese Maßnahme erklärte der Architekt Martin Wagner demonstrativ seinen Austritt.⁵ Am 10. Mai erreichte die Terroraktion auf dem Gebiet der Kultur mit Bücherverbrennungen einen ersten Höhepunkt. Im Oktober teilte dann das Preußische Kultusministerium öffentlich mit, daß die systematische „Säuberung“ der Kunstverwaltung und der Kunstschulen überall erfolgt sei.⁶ Bestandteil dieses terroristischen Gesamtprozesses waren die Schließung und Liquidierung des Bauhauses, also keine besonderen Maßnahmen.

Das Besondere bestand jedoch darin, daß im kapitalistischen Staat eine Privatschule geschlossen und damit Privateigentum angetastet wurde. Eine staatliche Lehrstätte zu schließen oder völlig umzuwandeln, war für die politische Reaktion stets ein leichtes gewesen, wie die Vertreibung des Bauhauses aus Weimar 1925⁷ oder seine Schließung im Herbst 1932 in Dessau⁸ ebenso zeigen, wie die Schließung der Bauhochschule und die Errichtung einer profaschistischen Schule unter Paul-Schultze-Naumburg in Weimar 1930⁹. Unter faschistischen Verhältnissen gab es in der Frühphase zunächst nur eine Möglichkeit, ähnliches bei Privatschulen zu vollziehen, nämlich dann, wenn eine „staatsgefährdende politische Sache“ nachgewiesen werden kann. Die Verketzerung des Bauhauses als „Herd des Kulturbolschewismus“ zielte in diese Richtung, reichte aber für juristische und polizeiliche Aktionen nicht aus. So mußte „kommunistisches Material“ erhalten, um unter Wahrung einer Scheinlegalität am 11. April 1933 die Terrormaßnahme gegen das Bauhaus, das seit Oktober 1932 eine Privatschule MIES VAN DER ROHEs war, durchführen zu können. Wie sie angelegt war, darauf soll noch eingegangen werden. Hingewiesen sei bereits auf die Durchsetzung des berüchtigten faschistischen „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 mit einigen Nachfolgeverordnungen. Das war die zum Teil nachträglich in Anspruch genommene Legitimierung für die „Säuberungsmaßnahmen“ in staatlichen Einrichtungen, in kommunalen und kulturellen Institutionen und in Ausbildungsstätten. Architekten, Stadtbaudirektoren, Architekturlehrer und Künstler

wurden so vor allem aus politischen und rassischen Gründen entlassen, wie Martin WAGNER, Richard DÖCKER, Bruno PAUL, Hans POELZIG und Fritz SCHUMACHER oder Karl HOFER, Otto DIX, Käthe KOLLWITZ, Oskar SCHLEMMER u. a.

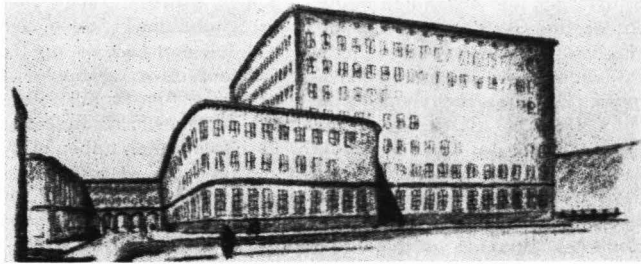
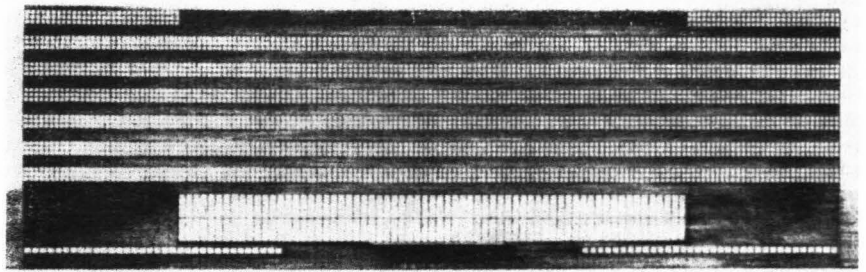
Auf dem Gebiet der architektonischen und künstlerischen Gestaltung war die Lage nicht von Anfang an klar durchschaubar; zunächst ist sie so verworren, daß sich hierüber eine selbständige Darstellung erforderlich machte. Es fehlte um 1933/34 nicht an mehr oder weniger vordergründigen, mehr oder weniger auch taktisch gemeinten Deutungen, die bemüht waren, zum Beispiel die Kunst eines Ernst BARLACH und Emil NOLDE oder die Architektur eines MIES VAN DER ROHE den neuen Machthabern als annehmbar, ja förderungswürdig hinzustellen. Durch die teilweise Integration des Futurismus in die damalige offizielle faschistische Architektur- und Kunstproduktion Italiens ermuntert, trat innerhalb der Nazibewegung eine allerdings nicht maßgebliche intellektuelle Gruppierung im Bunde mit nationalistischen Kreisen, darunter einige Bauhauschüler und Architekturstudenten der Technischen Hochschule Berlin-Charlottenburg, mit dem Versuch auf, den deutschen Expressionismus sowie die Architektur und Kunst der „Neuen Sachlichkeit“ als für die nordisch-völkischen Ideale ausbaufähige „Stile“ zu nutzen. Als Protagonisten wollten diese Kräfte insbesondere BARLACH, NOLDE und MIES VAN DER ROHE gewinnen, die für sie nachweisbar „arischer“ Abstammung waren. Auch GOEBBELS, der Gegenspieler von ROSENBERG in den damaligen Machtkämpfen der Naziclique, taktierte in diesem Feld. Doch weder BARLACH noch MIES VAN DER ROHE verbündeten sich mit ihnen oder ließen sich korrumpieren. NOLDE, ein frühes NSDAP-Mitglied, wurde bald als „entarteter“ Künstler veremt. Spätestens seit der blutigen Röhmer-Affäre vom 30. Juni 1934 war die genannte Nazigruppierung ausgeschaltet.

Der Wettbewerb für den Reichsbankneubau in Berlin, der vom Februar bis 1. Mai 1933 lief, widerspiegelt die zunächst ungeklärte Situation. Er galt nicht nur der Vorbereitung des bedeutendsten und größten Bankbaus jener Zeit, sondern auch einer der lukrativsten Bauaufgaben mit geplanten Baukosten in Höhe von etwa 30 Millionen RM.¹⁰ Der Reichsbankbaudirektor Heinrich WOLFF hatte das Bauprogramm entwickelt und einen Vorentwurf erarbeitet. Zur Teilnahme wurden 30 Architekten aufgefordert, die für ihre Beiträge je 5000 RM erhielten. Unter ihnen befanden sich namhafte Architekten des Neuen Bauens wie MIES VAN DER ROHE, Walter GROPIUS, Otto HAESLER, Richard DÖCKER, Wilhelm RIPHAHN, Otto Ernst SCHWEIZER und Alfred FISCHER. Anfang Juli entschied die Jury unter dem Vorsitz von Martin KIESSLING u. a. mit Peter BEHRENS, Paul BONATZ und Fritz SCHUMACHER, sechs Entwürfe von folgenden Autoren mit einem Preis von je 4000 RM auszuzeichnen: Fritz BECKER, Kurt FRICK (NSDAP-Mitglied), MEBES und EMMERICH, PFEIFER und GROSSMANN, PINNO und GRUND sowie MIES VAN DER ROHE, dessen Arbeit besonders gelobt wurde.¹¹ Neben ihm bekamen nur Vertreter einer konservativ einzuschätzenden Architektur die Preise (Abb. 1–6). Ohne weiter detailliert auf die Wettbewerbsergebnisse eingehen zu wollen, läßt sich feststellen, daß es bis Mitte 1933 noch keine Architekturreglementierung für repräsentative Staats-, Partei- und Kommunalbauten sowie Paläste von Großunternehmen gab. Aber am 21. September 1933 meldeten die Tageszeitungen und etwas später Fachzeitschriften, daß HITLER persönlich die Pläne und Unterlagen für den Reichsbankneubau und die Wettbewerbsbeiträge geprüft und entschieden habe, den von der Reichsbank nach Abschluß des Wettbewerbes ausgearbeiteten neuen Entwurf für den leicht veränderten Standort ausführen zu lassen.¹² Es war das Projekt des Reichsbankbaudirektors Wolff in Formen des Neuklassizismus, das von 1934 bis 1940 nahe des Werderschen Marktes zwischen Kupfergraben und Kurstraße als Stahlskelettbau mit Fassaden aus schlesischem Sandstein errichtet wurde (5500 Büroplätze). Der Nazibildhauer Joseph THORAK schuf an der Hauptfront überlebensgroße, den Krieg verherrlichende Reliefbilder.¹³ So zeichnete sich nach diesem Ereignis, als Naziparteispitze und Repräsentanten der Finanzoligarchie gemeinsam eine „Führerentscheidung“ getroffen hatten, die Haupttendenz der kommenden staatsoffiziellen faschistischen Architektur mit protzig-heroischer Gebärde deutlich ab. Diese Art von „Führerentscheidung“ wurde zum Prinzip der Baupraxis im „Dritten Reich“.

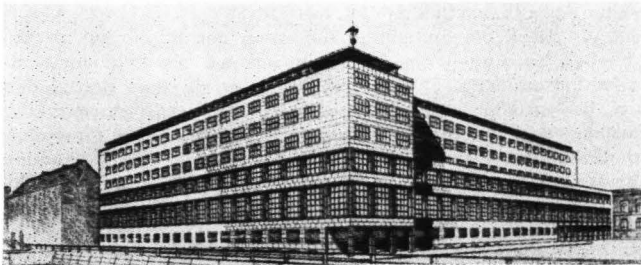
Nur zwei Tage danach, am 23. September, als der 30 Jahre bestehende BDA auf seiner Bundesversammlung in München die Neufassung der Satzungen mit Führerprinzip und Arierparagrafen beschließen mußte, sprach der führende Naziideologe und

Wettbewerb für den Reichsbankneubau in Berlin, 1933.

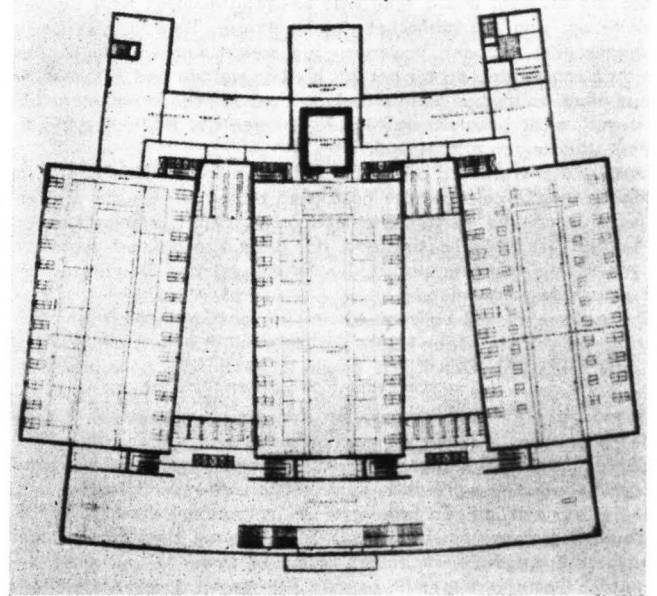
1 Preisgekrönter Entwurf Ludwig Mies van der Rohe



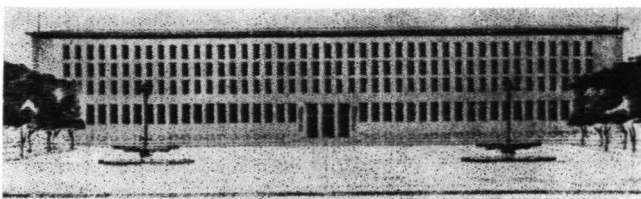
2 Preisgekrönter Entwurf Pfeifer und Großmann



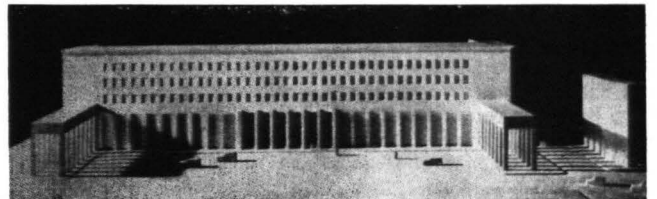
3 Preisgekrönter Entwurf Mebes und Emmerich



4 Preisgekrönter Entwurf Mies van der Rohe, Grundriß



5 Preisgekrönter Entwurf Pinno und Grund



6 Modell des Ausführungsentwurfes von Heinrich Wolff, 1933. Ansicht der Nordseite

spätere Kriegsverbrecher Alfred ROSENBERG auf der öffentlichen Sitzung des Architektenverbandes im Künstlerhaus zum Thema „Technik und Kultur“. Er erklärte: „Unsere Weltanschauung sei es, daß der starke und gesunde Mensch in den Mittelpunkt der Kunstgestaltung gehöre. ... Die Baukunst... müsse fest auf der Erde verankert von der heroischen Auffassung vergeistigt werden.“¹⁴

In ein solches kulturpolitisches Konzept der Faschisten ordnete sich MIES VAN DER ROHE niemals ein, er suchte auch keine Annäherung, trotz unmißverständlicher Drohungen durch die Naziführung; im Gegenteil, bei den wenigen architektonischen Aufgaben, insbesondere bei Ausstellungen, trat er als Verteidiger des Neuen Bauens auf und demonstrierte immer wieder seine Konzeption des strukturellen Gestaltens. Sie begründet den geschichtlichen Rang seines künstlerischen Lebenswerkes, weil sie darauf orientiert, im Einklang mit epochalen gesetzmäßigen Prozessen die Industrialisierung und die technisch-technologischen Neuerungen und Errungenschaften schöpferisch zur Entwicklung hoher Gestaltqualitäten zum Wohle der Menschen zu nutzen. Genau das zeichnet im Sinne von Lenin einen großen Künstler aus, der „wenigstens einige wesentliche Seiten der Revolution in seinen Werken widerspiegeln“ muß.¹⁵

Im Zusammenhang mit der Gesamtaktion „Säuberung der Kunstschulen“ und den Maßnahmen gegen das Bauhaus mußte MIES VAN DER ROHE bald erfahren, daß selbst das „bürgerliche Recht“ nichts mehr galt.¹⁶ Wie bekannt, fand am 11. April 1933 auf Veranlassung der Dessauer Staatsanwaltschaft mit großem Polizeiaufgebot die Haussuchung im Bauhaus in Berlin-Steglitz und seine Schließung statt. Einen Tag später lautete die Pressemeldung: „Das

„Bauhaus Dessau“ war vor etwa Jahresfrist nach Berlin übergesiedelt. Damals waren bereits von der Dessauer Polizei zahlreiche verbotene Schriften beschlagnahmt worden. Ein Teil der von der Polizei versiegelten Kisten war jedoch verschwunden, und man vermutete, daß sie von der Bauhausleitung mit nach Berlin genommen worden waren. ... Bei der gestrigen Haussuchung wurde zahlreiches illegales Propagandamaterial der KPD gefunden und beschlagnahmt.“¹⁷

Diese Aktion der Faschisten war von gleicher Machart wie der von ihnen inszenierte Reichstagsbrand. Was bislang von der Bauhausforschung nur vermutet werden konnte, daß die Sache mit dem „kommunistischen Material“ eine Finte oder Propagandalüge sei – zuletzt auf dem 3. Internationalen Bauhauskolloquium von Gerhard FRANKE als faschistisches Scheinargument charakterisiert¹⁸ –, stellt sich im Lichte jetzt aufgefundener Dokumente wie folgt dar: Das Bauhaus Berlin erhielt Ende März 1933 vom Dessauer Magistrat, der von Nazis beherrscht wurde, die Bauhausbibliothek.¹⁹ Zuvor hatten sich die Faschisten Gewißheit verschafft, daß sich darin marxistische Druckerzeugnisse befanden. Eine Sekretärin des Bauhauses Berlin berichtete darüber: „Wie ich erfahren habe, sind die Bücher in Dessau ursprünglich in 5 kleine Kisten verpackt worden. Vor dem Absenden erschien die Dessauer Polizei im Hause, ließ die Kisten wieder öffnen, und durchsuchte sie. Nach was die Kisten durchsucht worden sind, weiß ich nicht. Sie wurden wieder von der Polizei freigegeben und der Inhalt aus diesen 5 Kisten ist dann in eine große Kiste gepackt und diese nach Berlin gesandt worden. Hier selbst lagerte die Kiste ungefähr 5 Tage, dann wurde sie von Herrn HAUSWALD (dem Hausmeister, d. Verf.) geöffnet

und der Inhalt in die Regale des Druckerei-Raumes gelegt. Am 11. April 1933 erschienen im Bauhaus eine Staatsanwaltschaft in Begleitung des Stadtrats Dr. HARMS, beide aus Dessau, nebst vielen Polizeibeamten und erklärten, eine Haussuchung vornehmen zu müssen, weil angeblich 4 von den in Dessau verpackten 5 Kisten nicht nach Berlin gekommen und anscheinend verschoben worden seien. Zu dieser Zeit war es uns nicht möglich, der Staatsanwaltschaft bzw. der Polizei Auskunft über den tatsächlichen Sachverhalt zu geben, da wir denselben selbst nicht kannten. Erst später habe ich den Sachverhalt durch Herrn HAUSWALD erfahren, der in Dessau seine Wohnung hat und dort mit dem Hausmeister und Heizer SCHMOLKE, der auch jetzt noch im Bauhaus Dessau tätig ist, Rücksprache genommen hat.

Die am 11. April und 5. Mai 1933 beschlagnahmten marxistischen Hefte pp. sind der Bibliothek des Bauhauses Dessau m. Wissens unentgeltlich von den Verlegern zugeschickt worden. Sie wurden nicht beanstandet, da wir neutral bleiben wollten und Zeitschriften aus allen politischen und wirtschaftlichen Kreisen annahmen. Mir ist auch nicht bekannt, daß bei Revisionen der Bibliothek jemals Beanstandungen erfolgt sind.²⁰

Das ist die Wahrheit, die MIES VAN DER ROHE jedoch erst im Mai kennenlernte, aber die Faschisten hatten vordem ihr Ziel erreicht. Durch die vorbereitete Aktion mit dem „kommunistischen Material“ im Bibliotheksbestand, das heißt also politisch motiviert, konnten sie scheinlegalisiert die Schließung des Bauhauses als Privatschule vornehmen.

Der weitere Prozeß vollzog sich im engmaschigen Netz der Gestapo, welche die Fäden fest in der Hand hielt. Bereits am 12. April führte MIES VAN DER ROHE gegen 23.00 Uhr das bekanntgewordene Gespräch mit ROSENBERG. Er verteidigte mutig seine Architekturkonzeption und bat um die Erlaubnis zur Wiedereröffnung des Bauhauses.²¹ Natürlich geschah nichts dergleichen, aber MIES VAN DER ROHE kämpfte weiter, obwohl er wohl selbst zunehmend begriff, daß eine gefährliche Lage entstanden war. Ende Mai muß er bei der zuständigen Schulbehörde in Preußen, dem Provinzialschulkollegium, einen Antrag auf Genehmigung zur Führung einer privaten Kunstschule eingereicht haben, denn am 3. Juni wurde ihm von der Gestapo mitgeteilt, er solle sich wegen dieser Angelegenheit im Polizeipräsidium Berlin einfinden.²² Ob er dort vorgeprochen hat, ist unbekannt. Der genannten Schulbehörde waren, was bisher der Forschung verborgen blieb, durch Nazierlaß vom Mai 1933 alle Privatschulen unterstellt von den Volks-, über die Kunst- bis zu den Theater- und Filmschulen.²³ Dadurch galt hier wie bei den staatlichen Ausbildungsstätten und Schulen die Regelung des schon erwähnten faschistischen Gesetzes über das „Berufsbeamtentum“ mit Ariernachweis. So konnten alle aus Nazisicht „unliebsamen Kräfte“ sofort aus den Lehrämtern entfernt werden.

Dann folgten bereits im Juni wichtige Entscheidungen. Am 8. Juni beantragte MIES VAN DER ROHE bei der Gestapo die Freigabe des geschlossenen Bauhauses, weil gegen seine Arbeit „keinerlei Vorwürfe politischer Art“ erhoben werden können²⁴, so die Begründung, die auf der zitierten Erklärung der Bauhausekretärin und der Ehrenerklärung des Hausmeisters basierte. Vier Tage später schrieb MIES VAN DER ROHE an den Referenten im Preußischen Kultusministerium, Winfried WENDLAND, und forderte ihn auf, er möge bald für die Gestapo ein Gutachten über das Bauhaus anfertigen, „da sich die Situation wirtschaftlich für uns immer mehr erschwert“.²⁵ Am 15. Juni erfolgte neben der Information, daß das Gutachten mit gleicher Post an die Gestapo geleitet wurde, nachstehende Darstellung: „Ich möchte jedoch nicht verfehlen, Ihnen mitzuteilen, daß ich nicht umhin kann, darauf zu bestehen, daß sowohl Herr KANDINSKY wie auch Herr HILBERSEIMER an der Schule nicht weiter unterrichten. Die Kunst KANDINSKYS empfinden wir als absolute Zersetzung, und wir können heute nicht mehr zugeben, daß solche Zersetzung auf junge deutsche Menschen weiterwirkt. Ähnlich empfinden wir bei HILBERSEIMER, über den wir ja persönlich schon sprachen. Die anderen Herren sind mir unbekannt, ich habe aber der Geh. Staatspolizei anempfohlen, von den Herren des Kollegiums festzustellen, ob sich jüdische Mitglieder darunter befinden. Auch das wäre m. E. für die Weiterarbeit des Bauhauses untragbar. ... Ich hoffe Ihnen wenigstens so weit gedient zu haben, daß das Bauhaus weiter existieren kann, wengleich ich Ihnen empfehlen möchte, daß in das Lehrerkollegium einige Herren eintreten, die Mitglieder der Partei sind und eine entsprechende Fortführung des Bauhauses gewährleisten.“²⁶

Dieses Dokument beweist, daß faktisch mit der Schließung des Bauhauses am 11. April schon seine Liquidierung vollzogen war. Oder anders formuliert: Die Nazis waren, wenn überhaupt, nur

bereit, ein faschistisches, ein „gleichgeschaltetes“ Bauhaus mit willfähigen Lehrkräften zuzulassen. Und das ist hinsichtlich seines Wesens, seiner Ziele, seiner Arbeit und seiner Pädagogik kein Bauhaus mehr. Der hier wiedergegebene Inhalt gleicht fast wörtlich jenem offiziellen Brief der Gestapo, der fünf Wochen später, am 21. Juli 1933, an MIES VAN DER ROHE geschickt wurde.²⁷ Gleichzeitig fand in Dessau ein politischer Prozeß gegen den ehemaligen Oberbürgermeister, Fritz HESSE, statt, der das Bauhaus seit 1925 unterstützt hatte. Die dabei erhobenen Verleumdungen gegen die Hochschule für Gestaltung veröffentlichte die Nazipresse als Skandalberichte.

Doch MIES VAN DER ROHE gab nicht auf, um zumindest die formelle schriftliche Zusage zur Wiedereröffnung seiner Lehrstätte mit den ihm nun bekannten Bedingungen zu erwirken. Am 23. Juni bat er die Gestapo um Freigabe der Schulräume²⁸, denn der Magistrat der Stadt Dessau hatte zum 1. Juli den Leihvertrag für das überlassene Inventar gekündigt und forderte es unverzüglich zurück. Der Freigabe wurde nicht zugestimmt. Am 14. Juli folgte MIES VAN DER ROHE einer Vorladung des Provinzialschulkollegiums²⁹, durch das er die verbindliche Zusage erhalten haben muß, daß ihm die Gestapo in den nächsten Tagen die entsprechende Genehmigung zur Wiedereröffnung erteilen würde bei Beachtung der schon genannten Auflagen. Das bedeutete, ein „gleichgeschaltetes“ Bauhaus errichten zu dürfen.

Genau auf diese Klärung der Fronten hatte MIES VAN DER ROHE hingearbeitet, um dann am 19. Juli mit den anwesenden Lehrkräften ALBERS, HILBERSEIMER, KANDINSKY, PETERHANS, REICH und WALTHER die endgültige Auflösung des Bauhauses zu beschließen, sozusagen ein Auflösungsbeschluß als freie demokratische Entscheidung. Selbstbewußt teilte er sie tags darauf den drei Dienststellen der Diktaturmaschinerie schriftlich mit: der Gestapo, dem Preußischen Kultusministerium und dem Provinzialschulkollegium. Als Begründung wurden die mit der „Stillegung eingetretenen wirtschaftlichen Schwierigkeiten“ genannt. Hans M. WINGLER interpretierte das in seinem Standardwerk über das Bauhaus 1962 und in den Nachauflagen so: „Der Beschluß wurde, da man sonst mit Repressalien hätte rechnen müssen, wirtschaftlich motiviert.“³⁰ Einer derartigen Deutung widersprach die Forschung über zwei Jahrzehnte nicht. Noch auf dem Symposium des Bauhaus-Archiv, Museum für Gestaltung Berlin (West), von 1983 wiederholte Peter HAHN dieses Argument³¹, doch inzwischen publizierte die von ihm geleitete Institution Dokumente³², die in Verbindung mit anderen neu erschlossenen Quellen unstrittig beweisen, daß vor allem die wirtschaftliche Drosselung wesentlich zur Liquidierung des Bauhauses beitrug. Zum Beispiel fehlte es an Aufträgen und nach dem 11. April 1933 an Schulgeldeinnahmen. Die gemäß Verträgen von 1932 durch die Stadt Dessau monatlich an die Bauhausmeister zu zahlenden Abfindungssummen ließen die Nazis unter Bezugnahme auf das „Berufsbeamtentumsgesetz“ seit April 1933 stornieren. Schließlich kündigten alle kapitalistischen Unternehmen die Lizenzverträge mit dem Bauhaus, das zuletzt nach Angaben von MIES VAN DER ROHE eine Einnahme von 21 000 RM erzielt hatte (1932/1933)³³. Bemerkenswert und systemtypisch dabei ist, daß die Firma KORTING & MATHIESEN (Leipzig-Leutzsch), der Produzent von Bauhausleuchten, den Vertrag sofort nach Schließung des Dessauer Bauhauses löste (14. 9. 1932) und die Hannoversche Tapetenfabrik Gebrüder RASCH den bis Ende 1935 gültigen Vertrag bereits am 27. April 1933 beendete. Die prekäre ökonomische Lage des Bauhauses ausnutzend, erwarb sie gleichzeitig gegen ein relativ niedriges Entgelt von 6 000,- RM das alleinige Recht, die im Zusammenhang mit dem Namen Bauhaus verbreitete Kollektion nach eigenem Ermessen zu gestalten und dem Namen „Bauhaus-Tapeten“ vermarkten zu können. Er wurde dann bald nur noch in Großschrift als Markenzeichen verwendet.

Wie aus den durch Quellen gestützten Darlegungen hervorgeht, waren es mehrere Faktoren, die zur Liquidierung des Bauhauses durch den Faschismus beigetragen haben: wirtschaftliche, politische, kulturpolitisch-ideologische, künstlerische und ästhetische, kunstpädagogische und bis in das Jahr 1919 zurückreichende historische³⁴.

Ludwig MIES VAN DER ROHE, der Schöpfer des Denkmals für Karl LIEBKNECHT und Rosa LUXEMBURG, trat im Spannungsfeld der sich ausbreitenden Diktatur und Kulturbarbarei von demokratischen Positionen aus und im missionarischen Bewußtsein, auf dem Gebiet der Architektur nach wie vor Bedeutendes schaffen zu können, dem Faschismus 1933 entgegen. Gewiß hatte er Illusionen, und ihm mangelte es wie Ernst BARLACH an politischer Klar-

sicht,³⁵ doch beide gehören mit vielen anderen Bauhäuslern, Architekten, Formgestaltern und Künstlern zur Gruppe derer, die mit künstlerischen und geistigen Mitteln aktiv als Verteidiger der Kultur wirkten für eine bessere, friedliebende Welt, für eine Welt des Humanismus und der Menschenwürde ganz in jenem Sinn, wie es Heinrich MANN formuliert hat: „Die großen Deutschen haben in Zeiten, die oft so schwierig wie diese schienen, das Endziel beachtet, das ist das Menschenglück. Zeugen werden sie, was auch geschieht, gegen die Macht, die sich überlebt. Ihre Sache ist die Vernunft...“

Anmerkungen

- 1 Pieck, Wilhelm; Dimitroff, Georgi; Togliatti, Palmiro: Die Offensive des Faschismus und die Aufgaben der Kommunisten im Kampf für die Volksfront gegen Krieg und Faschismus. – Berlin 1957, S. 87
- 2 Zum Beispiel publizierte die Zeitschrift des Architektenverbandes der BRD einen Beitrag von Vittorio Magnago Lampugnani (Professor an der Graduate School of Design der Harvard University), der von Unwahrheiten und groben Entstellungen strotzt und zum Beispiel die Behauptung enthält: „Mies van der Rohe verhandelte mit Alfred Rosenberg, akzeptierte dessen Bedingungen und erwirkte die Wiedereröffnung der Schule; daß diese letztlich nicht stattfand, lag an der Weigerung des Lehrkörpers, den vorgeschlagenen und als inakzeptabel empfundenen Kompromiß einzugehen.“ – In: Der Architekt. – 1985, H. 10, S. 428
- 3 Zitiert nach Liersch, Werner: Dichters Ort. – Rudolstadt, 1985, S. 123
- 4 Erstveröffentlichung des Dokumentes; Archiv Bauakademie der DDR, Institut für Städtebau und Architektur (ISA), E 2
- 5 Vgl. u. a. Martin Wagner 1885–1957 (Katalog). Ausstellung der Akademie der Künste 10. November 1985 bis 5. Januar 1986. Berlin (West) 1985, S. 122; In letzter Stunde 1933–1945. Schriften deutscher Künstler des zwanzigsten Jahrhunderts, Bd. II gesammelt und herausgegeben von Diether Schmidt. Dresden 1964
- 6 Wendland, Winfried: Nationalsozialistische Kunstpolitik im neuen Preußen. – In: Baugilde, 15 (1933) 20, S. 974
- 7 Vgl. Wingler, Hans M.: Das Bauhaus 1919–1933 Weimar Dessau Berlin. – Bramsche, 1962, S. 89–114; Hüter, Karl-Heinz: Das Bauhaus in Weimar. – Berlin, 1976; Schädlich, Christian: Bauhaus Weimar 1919–1925. – Weimar, 1979
- 8 Vgl. Behr, Adalbert: Das Bauhaus Dessau. – Leipzig 1970; Franke, Gerhard: Das Bauhaus und die faschistische Kulturreaktion. – In: Wiss. Z. Hochsch. Archit. Bauwes. Weimar, 29 (1983) 5/6, S. 479–482
- 9 Vgl. Behr, Adalbert: Die Bauhochschule Weimar 1926–1930. – In: Wiss. Z. Hochsch. Archit. Bauwes. Weimar, 26 (1979) 4/5, S. 382–389; ders. Der Faschisierungsprozeß an der Staatlichen Hochschule für Baukunst, bildende Künste und Handwerk Weimar in den Jahren 1930 bis 1933. Ebd. 13 (1966) 5, S. 495–505
- 10 Um diesen Wettbewerb gab es seit Ende 1932 heftige Auseinandersetzungen, über welche die Fachzeitschriften berichteten. Zunächst wollte die Reichsbank keinen Wettbewerb ausschreiben. Dann forderte insbesondere der BDA angesichts der Weltwirtschaftskrise die Ausschreibung eines reichsoffenen Konkurses u. a. mit folgender Begründung: „Kaum ein Berufsstand ist von der Krise so betroffen worden wie die Architektenschaft. Seit Jahren fehlen jegliche Bauaufgaben, sogar aus dem Arbeitsbeschaffungsprogramm ist der Hochbau ausgeschaltet worden. Den Architekten fehlt es aber nicht nur an Arbeit, sondern auch an der Möglichkeit, sich fachlich zu beschäftigen, ihre Kraft an größeren baulichen Aufgaben zu erproben und zu erhalten. Der jungen Architektenschaft fehlt es vollends an jeder Möglichkeit der Weiterbildung.“ – In: Baugilde, 15 (1933) 4, S. 203. Die Reichsbank stimmte jedoch nur einem beschränkten Wettbewerb mit 30 Teilnehmern zu.
- 11 Vgl. Baugilde, 15 (1933) 15, S. 697 und S. 709–720; Analyse des Wettbewerbes in jüngster Zeit von Winfried Nerdinger: Versuchung und Dilemma der Avantgarde im Spiegel der Architekturwettberbe 1933–1935. – In: Faschistische Architekturen. Hrsg. Hartmut Frank, Hamburg 1985, S. 65–87
- 12 Vgl. zum Beispiel: Baugilde, 15 (1933) 19, S. 950 oder Zentralblatt der Bauverwaltung, 51 (1933), S. 566
- 13 An und in diesem während des Weltkrieges beschädigten Bürogebäude wurde nach der Befreiung vom Faschismus die Nazikunst restlos beseitigt. Nach einer durchgreifenden Rekonstruktion beherbergt es seit 1956 das Zentralkomitee der SED.
- 14 In: Baugilde, 15 (1933) 19, S. 924 f.
- 15 Lenin, Wladimir Iljitsch: Leo Tolstoi als Spiegel der russischen Revolution (1908). – In: Werke, Bd. 15, Berlin 1962, S. 197
- 16 Zwei Jahrzehnte später sagte Mies van der Rohe über den Vormarsch des Faschismus im Jahre 1932/33: „Damals erkannte ich, daß es absolut hoffnungslos war. Es war eine politische Bewegung. Es hatte nichts mit Realität zu tun und nichts mit Kunst. Ich hatte nichts zu verlieren, nichts zu gewinnen. Wissen Sie, ich wollte nicht gewinnen.“ (In: North Carolina University State College of Agriculture and Engineering, School of Design Student Publication Bd. 3, Nr. 3, 1953, S. 16) In diesem Rückblick von Mies van der Rohe, der in einigen Publikationen aus Anlaß des 100. Geburtstages des Architekten 1985 und 1986 unkritisch wieder abgedruckt wurde, stimmen einige Detaildarstellungen nicht mit den historischen Tatsachen überein.
- 17 Berliner Lokal-Anzeiger, Morgenausgabe vom 12. 4. 1933. Die Nazis verbrämten ihre Aktionen häufig mit Symbolbezügen zu historischen Ereignissen. So dürfte auch die Schließung des Bauhauses bewußt zu jenem Zeitpunkt im April gewählt worden sein, als es Walter Gropius 14 Jahre zuvor gegründet hatte.

- 18 In: Wiss. Z. Hochsch. Archit. Bauwes. Weimar, 29 (1983) 5/6, S. 482
- 19 Mies van der Rohe hatte Anfang 1933 den Dessauer Magistrat um Überlassung dieser Bibliothek gebeten. Nach erfolgter Zustimmung vom 10. März 1933 wurde ein Teil durch Verkauf abgegeben, der von den Bauhaus-Schülern selbstverwaltete Bibliotheksbereich, der ausschließlich durch Stiftungen zustande kam, unentgeltlich übereignet.
- 20 Erstveröffentlichung des Dokumentes; Archiv Bauakademie der DDR, ISA, F 33f. Hinzu kommt noch eine gleichlautende Ehrenerklärung des Hausmeisters Hauswold vom Mai 1933.
- 21 Hans M. Wingler hat nur einen Teil des Gedächtnisprotokolls von Mies van der Rohe publiziert (Bramsche 1962, S. 194), das auch erst am 15. April 1933 aufgestellt wurde. So wird hier als Erstveröffentlichung der zweite Teil wiedergegeben (Archiv Bauakademie der DDR, ISA, E 23f.): „Wir sprachen auch noch über das moderne Bauen. Rosenberg wies auf die städtebaulich ganz unbefriedigten Lösungen moderner Stadterweiterungen hin, sprach von Betonkisten und sagte, daß sie Wert darauf legen, daß man bodenständige Materialien verwendet und man zwar mit Goethe glaube, man soll Experimente machen, aber keine Experimente bauen. Ich wies auf die technischen Materialien hin, die uns durch die Industrie heute zur Verfügung gestellt werden, wie Stahl und Glas, daß diese Materialien vielen anderen Baustoffen überlegen seien und daß es doch darauf ankomme, mit diesen Stoffen einwandfreie Baugestaltungen zu erreichen.
Rosenberg: Warum soll man so fremdes Material verwenden und warum greift man nicht auf die Materialien zurück, die in der betreffenden Gegend heimisch seien.
Mies: Ich glaube nicht, daß man in Deutschland auf die technische und industrielle Entwicklung wird verzichten können, ebenso wenig wie man das mit der Landwirtschaft kann. Außerdem würde Stahl ja schließlich in Westfalen gefunden. Der Kulturbolschewismus schreckt mich weniger als der Amerikanismus, und ich sehe unsere Hauptaufgabe gerade darin, uns in einer technifizierten Welt geistig zu behaupten.
Rosenberg: Darin sind Sie doch mit mir einer Meinung, daß die Baukunst erst jenseits von Zwecken und Rationalität beginnt.
Mies: Ja durchaus. Aber das ist allerdings eine Auffassung, die nicht von allen modernen Architekten geteilt wird und für die ich an vielen Stellen auf das heftigste angegriffen worden bin. Aber ich bin doch der Meinung, daß man den Fragen, die durch die technische und industrielle Entwicklung aufgeworfen werden, nicht ausweichen darf, sondern sie überwinden muß.“
- 22 Archiv Bauakademie der DDR, ISA, F 25
- 23 Mies van der Rohe informierte die Bauhauslehrer durch ein Rundschreiben über diesen Sachverhalt (Dokument Archiv Bauakademie der DDR, ISA, D 2).
- 24 Archiv Bauakademie der DDR, ISA, F 24
- 25 ebd., F 23
- 26 Erstveröffentlichung des Dokumentes, Archiv Bauakademie der DDR, ISA, D 10
- 27 Vgl. Hans Maria Wingler a. a. O., S. 196
- 28 Archiv Bauakademie der DDR, ISA, F 16
- 29 ebd., F 14
- 30 Hans Maria Wingler a. a. O., S. 20
- 31 Symposium – 100 Jahre Walter Gropius. Schließung des Bauhauses 1933. Berlin (West) 1983, S. 68
- 32 Bauhaus Berlin: Auflösung Dessau 1932; Schließung Berlin 1933; Bauhäusler und Drittes Reich: eine Dokumentation, zusammengestellt vom Bauhaus-Archiv, Berlin. – Weingarten, 1985
- 33 Archiv Bauakademie der DDR, ISA, C 12
- 34 Vgl. insbesondere zur Frühzeit die Dokumente bei Karl-Heinz Hüter a. a. O., die das Wirken der Reaktion von Anbeginn kennzeichnen
- 35 Die Wiener Architektin Margarete Schütte-Lihotzky berichtet, daß auch in den 1920er Jahren unter den Architekten eine „unpolitische Haltung“ vorherrschte, sogar unter den sozialorientiert arbeitenden in Frankfurt/Main: „Wie war die Einstellung? Wir tun als Architekten, was wir können, erfüllen unseren Beruf mit aller Kraft, mit allen unseren Kenntnissen, damit leisten wir für die Allgemeinheit unseren Beitrag. Die Politik ist mehr oder weniger ein schmutziges Geschäft. Wir aber waschen unsere Hände in Unschuld.“ Erinnerungen aus dem Widerstand 1938–1945. Hrsg. von Chup Friemert, Berlin 1985, S. 24
In jüngster Zeit wird öfters ein politisches Dokument zitiert, der „Aufruf der Kulturschaffenden“ vom 17. August 1934 (Völkischer Beobachter, 18. 8. 1934), der vor einer „Volksabstimmung“ für Hitler erschien. Bei ihr ging es nach dem Tod von Hindenburg um die Zusammenlegung der Ämter des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers. Der Aufruf trägt neben Unterschriften von Faschisten auch diejenigen von Wilhelm Furtwängler, Erich Heckel, Ernst Barlach und Mies van der Rohe, dem in dieser Frage Opportunismus nachgesagt wird. Inzwischen ist bekannt: Um ihre Zustimmung hätte Goebbels durch Beauftragte buhlen lassen. Barlach wollte in Ruhe schaffen, weil er durch die Unterschrift hoffte, „den Vorwurf, Kulturbolschewismus zu treiben, los (zu sein), bis man ihn wieder aus der Kiste holt“ (Vgl. den Brief an seinen Sohn Hans vom 31. 8. 1934 mit anderen Dokumenten bei Piper, Ernst: Ernst Barlach und die nationalsozialistische Kunstpolitik. München, Zürich 1983, S. 113 f.). Eine ähnliche Haltung nahm wohl Mies van der Rohe ein, denn nach der gefährlichen Röhm-Affäre lief gegen ihn immer noch ein Verfahren wegen „Unterschlagung“, das erst durch die Anhaltinische Staatsanwaltschaft laut Schreiben vom 7. November 1934 eingestellt wurde (Archiv Bauakademie der DDR, ISA, C 4). Für sein Verhalten im Zusammenhang mit dem Aufruf hat er sich sofort bei seinen Freunden entschuldigt.